

"Wir sind Kirche" kritisiert Hamburger Schulschließungen

Hamburg/München (KNA) Die Initiative "Wir sind Kirche" hat die angekündigte Schließung von 8 der 21 Schulen des Erzbistums Hamburg kritisiert. Zugleich bemängelte sie am Freitag in München das Kommunikationsverhalten der Erzdiözese als "äußerst problematisch". Wenn sich die katholische Kirche schrittweise aus dem Bildungsbereich zurückziehe, widerspreche das dem christlichen Auftrag. "Die Kirche wird dadurch noch mehr den ohnehin schon geringen Kontakt zu Kindern und Jugendlichen verlieren", hieß es.

Die Kirche könne natürlich nicht die Augen vor finanziellen Realitäten verschließen, so die Kirchenvolksbewegung. Jedoch dürften die Kriterien von Wirtschaftsexperten nicht die einzige Entscheidungsgrundlage sein. Zumindest müssten die direkt Betroffenen rechtzeitig unterrichtet werden.

Die Gruppierung appellierte an das Erzbistum Hamburg, Alternativen zu den Schließungen zu prüfen. So sollte etwa mit dem Senat der Stadt Hamburg und mit anderen Schulträgern über Finanzierungswege gesprochen werden.

Das Erzbistum Hamburg hatte am Freitag vergangener Woche die Öffentlichkeit darüber informiert, bis zu 8 seiner 21 Schulen schließen zu müssen. Grund ist die prekäre Haushaltslage. Aktuell hat sie 79 Millionen Euro Schulden, die nach einem Bericht der Unternehmensberatung Ernst & Young bis 2021 auf bis zu 353 Millionen anwachsen könnten, falls nicht gegengesteuert wird.

Auf Kritik, die Elternschaft nicht in die Entscheidung des Erzbistums eingebunden zu haben, hatte Generalvikar Ansgar Thim mit den Worten reagiert: "Wir wissen, dass wir den Eltern und Schülern sehr viel zumuten. Aber nur, wenn wir jetzt unsere Hausaufgaben wirklich machen, werden wir überhaupt katholische Schulen in unserer Stadt erhalten können." Es handele sich um Sofortmaßnahmen, die sich aus finanzieller Dringlichkeit ergeben hätten.

Auch mit der Hamburger Schulbehörde hatte das Erzbistum nach eigenen Angaben frühzeitig gesprochen. Die Behörde habe kein Angebot zur Hilfestellung bei den Bauinvestitionen gemacht. Eine Fortsetzung der Gespräche sei im April vereinbart.

Zuletzt geändert am 27.01.2018